



Antrag

der Fraktion der SPD

Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete von den griechischen Inseln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt erneut seine Bereitschaft, Menschen aus besonderen Notlagen aufzunehmen. Gegenwärtig ist die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln katastrophal und eines Friedensnobelpreisträgers EU unwürdig. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich kurzfristig mit dem Bund darüber zu verständigen, dass das Land Schleswig-Holstein weiterhin bereit ist, Menschen in Not aufzunehmen. Deshalb soll die Möglichkeit zur Aufnahme eines Kontingents von geflüchteten Menschen geschaffen werden, die in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln in menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen.

Wir fordern den Bund auf, dem Land Schleswig-Holstein und den Kommunen, die weiterhin bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen, hierzu den Weg über das Selbsteintrittsrecht zu eröffnen. Die Hilfe für diese Menschen darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern, was insbesondere für die Fälle aus dem Dublin-Verfahren droht.

Wir fordern die Landesregierung auf, besonders schutzbedürftigen Menschen wie Schwangeren, allein reisenden Frauen, Alleinerziehenden, Schwerekranken, Menschen mit Behinderungen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Schutz in Schleswig-Holstein zu gewähren.

Begründung:

Die Zeiten der Covid-19-Pandemie sind für uns alle eine große Herausforderung. Dennoch sollten wir uns gerade jetzt nicht unserer Verantwortung für ein solidarisches Europa entledigen. Gerade diese Pandemie birgt das Risiko einer gewaltigen humanitären Katastrophe innerhalb Europas, wenn das Virus auf Menschen trifft, die unter erbärmlichen Verhältnissen leben müssen, schon jetzt aufgrund von Krieg und Flucht in schlechter körperlicher Verfassung sind und der Krankheit wegen der sanitären und hygienischen Bedingungen in den Flüchtlingslagern nichts entgegenzusetzen haben. Die Situation auf den griechischen Inseln ist nicht neu; viele Bemühungen, eine gemeinsame Lösung mit allen EU Ländern zu finden, sind gescheitert. Umso wichtiger ist es daher, dass gerade jetzt in der Krise Deutschland, aber auch Schleswig-Holstein humanitäre Verantwortung tragen und ein klares Zeichen der Solidarität senden.

Serpil Midyatli

und Fraktion